

Kommunalisierung der Anstellung von Schulleitungen

Regierungsrat schiebt das Budgetproblem an die Gemeinden ab

Der Regierungsrat Zürich hat heute kommuniziert, wie er die Sparvorgaben im Bildungsbereich gestalten will. Seine Kernmassnahme in Bezug auf die Volksschule ist die Kommunalisierung der Schulleitungen. Damit wird das Budgetproblem einfach an die Gemeinden abgeschoben. Diese haben vielerorts klamme Kassen und fahren bei den Schulen einen Sparkurs. Dieser dürfte sich nun verschärfen. Für die Schule als Gesamtgebäude wird der Schritt des Regierungsrats deshalb trotzdem zu einem Bildungsabbau führen. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV nimmt davon sehr besorgt Kenntnis.

Die Schule ist ein fein austariertes Gesamtgebäude. Die Abstimmung zwischen den verschiedenen Schulen, Stufen und Trägern ist einfacher geworden, seit die Anstellungen weitgehend kantonalisiert erfolgen. Der ZLV nimmt deshalb mit grosser Sorge zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Anstellung der Schulleitenden nun im Rahmen der kantonalen Sparmassnahmen zu den Gemeinden verlagern will. Der ZLV fürchtet auf zwei Ebenen negative Auswirkungen.

- Die Kompetenzverlagerung an die Gemeinden belastet die kommunalen Budgets. In weiten Teilen des Kantons sind diese bereits stark unter Druck, was in den letzten zwei Jahren auch in den Schulbudgets zu markanten Einschnitten führte. Kommen nun noch die Löhne der Schulleitenden hinzu, werden weitere Einschnitte unvermeidbar sein. Abhilfe könnten nur Steuererhöhungen bringen, die jedoch im jetzigen politischen Klima schwierig durchzusetzen sein dürften.
- Der ZLV setzt sich seit jeher für einheitliche Rahmenbedingungen für die Schule ein. Die Kommunalisierung der Schulleitungen wird jedoch dazu führen, dass die Anstellungsbedingungen der Schulleitenden auseinanderdriften. Bei Schulen in finanzschwachen Gemeinden kann dies zu Qualitätsproblemen führen.

Der ZLV fordert deshalb, dass ein klarer Katalog aufgestellt wird, welche Aufgaben und Pflichten eine Schulleitung erfüllen muss. Der Verband hofft, dass sich die Gemeinden ihrer Verantwortung bewusst sind und nach wie vor qualifizierte, engagierte Schulleitungen anstellen. Zudem wird der ZLV den Kontakt mit den Vereinigten Personalverbänden (VPV) suchen, da mehrere Verbände von Sparmassnahmen betroffen sind.

Zweiter Tag der Bildung?

Man muss der Bildungsdirektion immerhin attestieren, dass sie mit der Kommunalisierung der Schulleitungen ihr Versprechen einhält, die Klassengrössen oder Lektionenverpflichtungen nicht zu erhöhen. Aus der Warte der Schule als Gesamtgebäude muss der ZLV die Massnahme dennoch kritisieren. Über die kommunalen Budgets wird sie die Schulen treffen und ihre Qualität gefährden. Der ZLV geht davon aus, dass die kommunalen Abbaumassnahmen jene des Kantons bereits jetzt bei Weitem übertreffen. Dies darf nicht so weitergehen. Ein zweiter Tag der Bildung rückt näher.

Für weitere Auskünfte:

Lilo Lätzsch, Präsidentin ZLV, 079 409 44 32